



Agnes Krumwiede

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecherin für Kulturpolitik

Bündnis 90/Die Grünen

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71617

Fax 030 227 – 76598

E-Mail: agnes.krumwiede@bundestag.de

Berlin, 24. Januar 2013

Die vergessenen Vernichtungslager

Anlässlich des Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar erklärt Agnes Krumwiede, Sprecherin für Kulturpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Erinnerung an das gesamte Ausmaß der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten muss bewahrt bleiben. Aber die Bundesregierung ignoriert den stetigen substanziellen Verfall ehemaliger Konzentrations- und Vernichtungslager in Polen wie Majdanek und Sobibór.

2011 musste das Museum im ehemaligen Vernichtungslager Sobibór sogar übergangsweise geschlossen werden, weil keine Geldmittel mehr zur Verfügung standen. Auf alle Aufforderungen, sich finanziell am Erhalt der Gedenkstätte zu beteiligen, reagiert die Bundesregierung seit Monaten mit Ausflüchten. Entsprechende Anträge der Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und den Linken wurden von der Koalitionsmehrheit im Haushalts- und Kulturausschuss abgelehnt. Das Auswärtige Amt verweist auf angebliche diplomatische Verfahrensfragen und versucht, die Gemüter mit den Mitteln in Millionenhöhe zu beruhigen, die von deutscher Seite in die Gedenkstätte in Auschwitz-Birkenau fließen. Aber die unmenschliche und akribische Komplexität der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie umfasst noch mehr Dimensionen als Auschwitz. Die authentischen Orte der Vernichtung und des Leidens von Millionen Menschen müssen erhalten bleiben - als Mahnmal gegen das Vergessen, als Friedhöfe für die Hinterbliebenen.

Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung endlich wahrnehmen und sich finanziell am Substanzerhalt des ehemaligen Lagergeländes und einer Gestaltung des Museums in Sobibór beteiligen.

Aktuell wurde seitens des Auswärtigen Amtes eine gemeinsam mit Abgeordneten der Oppositionsfraktionen geplante Delegationsreise zu Konzentrations- und Vernichtungslagern in Polen ersatzlos abgesagt.

Eine Delegationsreise des Auswärtigen Amtes gemeinsam mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags zu den Tatorten nationalsozialistischer Verbrechen in Polen wäre ein erster Schritt gewesen, um offiziell grundsätzliche Bereitschaft zur Unterstützung und Interesse zu signalisieren. Ein längst überfälliges Signal: Unseren Recherchen zufolge hat überhaupt noch keine offizielle Delegation einer deutschen Bundesregierung oder des deutschen Bundestages das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager Lublin-Majdanek besucht.

Die Korrespondenz mit dem Auswärtigen Amt zur Frage der Finanzierung der Gedenkstätte in Sobibór lassen wir Ihnen auf Rückfrage gerne zukommen.